

Stellungnahme der Bezirksfrauenkonferenz des DGB Berlin-Brandenburg:

Gegen den Berliner Kürzungshaushalt – Für eine geschlechtergerechte Finanzpolitik!

Die DGB-Bezirksfrauenkonferenz lehnt die geplanten Kürzungen im Berliner Haushalt entschieden ab. Diese Einsparungen bedrohen insbesondere Frauen und marginalisierte Gruppen, da sie oft in Bereichen stattfinden, die für Geschlechtergerechtigkeit und soziale Teilhabe essenziell sind. In Zeiten steigender Lebenshaltungskosten und wachsender sozialer Ungleichheiten dürfen frauenpolitische Errungenschaften nicht rückgängig gemacht werden.

Am 19. November 2024 wurden massive Kürzungen in der Berliner Haushaltsplanung für 2025 bekannt. Besonders alarmierend sind die Kürzungen im Bereich des Opfer- und Gewaltschutzes. Zuwendungsprojekte der Gewaltprävention und Opferhilfe sollen um 4,5 Millionen Euro – also fast 40 Prozent – reduziert werden. Dazu droht den Projekten der Anti-Gewalt-Arbeit eine pauschale Kürzung. Die Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen (BIG) schlägt Alarm: Die Finanzierungslücke verhindert die dringend notwendige Nachbesetzung offener Stellen. Die finanzielle Unsicherheit macht die BIG als Arbeitgeber zunehmend unattraktiv, kritisiert Geschäftsführerin Doris Felbinger.

Neben dem Sozial- und Bildungsbereich ist auch der besonders prekäre Kulturbereich betroffen, der mit nur 2,1 Prozent des Gesamtetats ohnehin unterfinanziert ist. Dennoch sollen hier 130 Millionen Euro gestrichen werden, was für viele Einrichtungen und Programme faktisch das Aus bedeutet. Zahlreiche Projekte stehen vor dem vollständigen Wegfall, da sie eine Kürzung um 100 Prozent innerhalb weniger Wochen hinnehmen müssten.

Unsere zentralen Forderungen:

1. Kein Abbau von Frauen- und Gleichstellungsprojekten Die Finanzierung von Frauenhäusern, Beratungsstellen und anderen geschlechtergerechten Projekten muss gesichert bleiben. Einsparungen in diesen Bereichen gefährden unmittelbar den Schutz und die Unterstützung von Frauen in prekären Situationen.
2. Erhalt und Ausbau von Sozial- und Bildungseinrichtungen Viele Kürzungen treffen Kindertagesstätten, Schulen und soziale Dienste – Bereiche, in denen Frauen überproportional arbeiten und auf deren Unterstützung sie angewiesen sind. Eine nachhaltige Finanzierung ist unerlässlich, um Armut und soziale Ungleichheit nicht weiter zu verschärfen.
3. Faire Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge Die soziale Infrastruktur Berlins ist von Kürzungen stark betroffen – gerade in von eher Frauen dominierten Berufen wie Pflege, Bildung und Sozialarbeit. Wir fordern den Schutz von Arbeitsplätzen, gerechte Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.
4. Keine Kürzungen im Gesundheits- und Pflegebereich Die finanzielle Ausstattung von Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und sozialen Diensten darf nicht weiter reduziert werden. Frauen tragen hier eine doppelte Last – sowohl als Beschäftigte als auch als Hauptverantwortliche in der familiären Sorgearbeit.

5. Keine Einsparungen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen
6. Bildung ist eine grundlegende Säule unserer Gesellschaft und entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Die Hochschulen in Berlin sind nicht nur Orte des Lernens, sondern auch Zentren der Forschung und Innovation, die zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beitragen. Einsparungen würden nicht nur die Qualität der Lehre und Forschung gefährden, sondern auch die Chancengleichheit für Frauen. Wir setzen uns für eine angemessene Finanzierung der Hochschulen ein, um eine exzellente Bildung für alle zu gewährleisten und die Attraktivität Berlins als Bildungsstandort zu sichern.
7. Gleichstellungspolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe Eine geschlechtergerechte Finanzpolitik muss sicherstellen, dass Mittel gerecht verteilt und gezielt zur Förderung von Frauen und marginalisierten Gruppen sowie zum Abbau struktureller Benachteiligung eingesetzt werden.

Unsere Forderungen brauchen politische und gesellschaftliche Unterstützung!

Die DGB-Bezirksfrauenkonferenz fordert die Landesregierung auf, die Kürzungen und Kürzungspläne zurückzunehmen und eine Finanzpolitik zu gestalten, die soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung nicht gefährdet, sondern stärkt. Wir rufen alle Mitglieder, politischen Akteur*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen auf, sich gegen den Kürzungshaushalt zu stellen und für eine solidarische, geschlechtergerechte Gesellschaft zu kämpfen.

Berlin, 12. Juli 2025

